

Die Vision eines Grossaserbaidtschan

Gastkommentar
von JOHN EIBNER

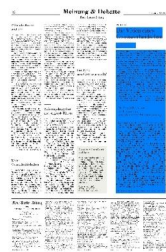
Am 19. September griffen die aserbaidtschanischen Streitkräfte die armenische christliche Gemeinschaft von Nagorni Karabach an und eroberten innerhalb von 24 Stunden diese winzige, nicht anerkannte Republik mit 120 000 Einwohnern. Christian Solidarity International (CSI) und andere Menschenrechtsorganisationen warnen seit langem vor Völkermord, im August dieses Jahres tat dies dann auch der erste Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, Luis Moreno Ocampo. Eine weitere Völkermordandrohung kam im September aus Aserbaidtschan selbst.

Der Uno-Sicherheitsrat blieb trotz den Warnungen untätig, was ein Ausdruck der wachsenden Macht einer neuen pantürkischen, neo-osmanischen imperialen Konstellation ist, die sich vom östlichen Mittelmeer über das Schwarze Meer bis zum Kaspischen Meer erstreckt. An der Spitze dieses Gebildes steht das militärisch mächtige Nato-Mitglied Türkei. Der Einfluss der Neo-Osmanen hat im Zuge des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine zugenommen. Sowohl Washington und die europäischen Länder wie auch Moskau sehen den Krieg als existenziell bedrohlich an. Dies nutzen die neo-osmanischen Kräfte, um von beiden Seiten strategisch wichtige Zugeständnisse zu erhalten. Sowohl Washington als auch Moskau spielen dieses Spiel mit. Die Kapitulation der Armenier in Karabach ist in diesem Sinne eine Gefälligkeit.

Doch damit ist die Angelegenheit noch nicht erledigt. Die Türkei und Aserbaidtschan wollen die Vorherrschaft über Armenien. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die türkisch-aserbaidtschanische

Der Uno-Sicherheitsrat bleibt angesichts eines drohenden Völkermords untätig.

Achse gestärkt werden. Die türkisch-aserbaidtschanische Achse fordert nun einen nichtarmenisch kontrollierten Transportkorridor – den sogenannten Sangesur-Korridor, der Aserbaidtschan über Armenien mit der Türkei verbinden soll. Washington ist bereit, dieses nächste armenische Zugeständnis an die Neo-Osmanen zu billigen, und auch das bedrängte Russland ist bereit, dies zu akzeptieren, sofern es die Sicherheit des Korridors garantieren kann. Dies wäre nur ein weiterer Schritt. Aserbaidtschans Präsident Alijew beansprucht ganz Armenien als aserbaidtschanisches Territorium und bezeichnet es öffentlich als Westaserbaidtschan.



Alijew verfolgt die Vision eines Grossaserbajdschan, das nicht nur Armenien, sondern auch den grösstenteils von Aserbajdschanern bewohnten Nordwesten Irans einschliessen soll, den er offen als Südaserbajdschan bezeichnet. Dieser Gebietsanspruch gegenüber dem Iran beunruhigt natürlich die Iraner und erfreut die politischen Entscheidungsträger in Washington und Jerusalem. Eine glücklose, zunehmend autoritäre und unpopuläre Regierung in Armenien versucht, die Krise zu überstehen, indem sie die Unterzeichnung eines «Frieden für unsere Zeit»-Vertrags mit Aserbajdschan nach dem Vorbild des Münchner Abkommens vorbereitet. Armeniens Ministerpräsident Nikol Paschinjan setzt seine Hoffnungen auf den Westen. Unlängst haben die Leiterin der US-Behörde für internationale Entwicklung, Samantha Power, und der amtierende stellvertretende Aussenminister Juri Kim diese Hoffnungen bei einem Besuchs in Erewan bestärkt. Umgekehrt hat Russland die Strategie Paschinjans als grossen Fehler bezeichnet.

Möge Armenien selbst das grausame Schicksal der Armenier aus Nagorni Karabach oder dasjenige des ukrainischen Volkes erspart bleiben. Eine Ausweitung der kriegerischen Konflikte auf Armenien und weitere Länder in Zentralasien käme dem gleich, was Papst Franziskus zu Recht als dritten Weltkrieg bezeichnet hat – das alte grosse Spiel der imperialen Mächte.

—
John Eibner ist Präsident der Menschenrechtsorganisation Christian Solidarity International (CSI).